



Die Guevaras waren eine bürgerliche Familie aus der Mittelschicht, nicht reich, aber auch nicht im Elend lebend – der Weg Ernestos zum Revolutionär war keineswegs vorgezeichnet. Die frühen Jahre des Che. Ein Vorabdruck. Von André Scheer

Neuaufrichtung

Bundesregierung will mit »Nationaler Industriestrategie 2030« Großkonzerne schmieden

3

Neonazis

Partei »Ill. Weg« ködert in Plauen Kinder und Jugendliche. Stadt setzt auf bürgerliches Engagement

4

Netzwerk

»Humanitäre Hilfe« für Venezuela: Wie die USA und Kolumbien erwünschte Bilder produzieren

6

Nachruf

Zum Tod des Schriftstellers, Zeichners und Illustrators Tomi Ungerer. Von Wiglaf Droste

11

Wettrüsten eskaliert

Rund 35 Staats- und Regierungschefs werden bei der Münchner »Sicherheitskonferenz« erwartet. Die Zeichen stehen auf Krieg. **Von Efthymis Angeloudis**

Es soll die »wichtigste und größte Sicherheitskonferenz« in der Geschichte des Treffens werden, behauptet Konferenzleiter Wolfgang Ischinger. Es geht in der diesjährigen Konferenz um die »Selbstbehauptung Europas«, sagt Ischinger; allerdings behauptet sich momentan eine ganz andere Region der Welt, vor allem durch Rüstungsausgaben.

»Der Nahe Osten befindet sich im Umbruch«, heißt es im »Munich Security Report«, der jedes Jahr vor Beginn der sogenannten Münchner Sicherheitskonferenz herausgegeben wird. Laut dem am Montag erschienenen Bericht liegen sieben der zehn Länder mit den heute weltweit höchsten Militärausgaben im Nahen Osten. Der Iran verfügt laut dem Report über 523.000 aktive Soldaten, 1.531 Kampfpanzer, 21 U-Boote, 312 taktische Kampfflugzeuge und 50 Kampfhubschrauber und bildet somit die truppenstärkste Armee. Doch Saudi-Arabien und die Türkei holen auf. Dieser »große Umbruch« hängt mit der neuen Rolle der USA in der Region zusammen.

Seit 2008 ist die Zahl der US-Truppen im Nahen und Mittleren Osten stark gesunken. Das stimmt auf den ersten Blick mit der »America first«-Politik der USA überein. Die Vereinigten Staaten haben dem Anschein nach die Rolle des »Ordnungshüters« satt (zumindest wenn sie amerikanische Leben und Dollar kostet) und wollen sich inneren Angelegenheiten zuwenden. Ihre Rolle sollen die verbündeten Regionalmächte im Nahen Osten stellvertretend übernehmen.

»Die gesamte Region wird erheblich aufgerüstet, Deutschland ist bei den Rüstungsexporten vorne dabei«, sagte Tobias Pflüger, Friedensforscher und



US-Truppen bei einem Militäreinsatz im persischen Golf (12. Dezember 2014)

Bundestagsabgeordneter der Linksfraktion, der *jungen Welt* am Montag. »Der Westen zieht sich mitnichten zurück, nur die Akteure werden vielfältiger. Die US-Truppen werden eher durch andere Truppen, Milizen und Armeen anderer Staaten ersetzt«, fügte Pflüger hinzu.

Zwar lässt die US-Regierung wichtige Verbündete im Kampf gegen den »Islamischen Staat« (IS), wie die Kurden, fallen, doch der eigentliche Feind des Weißen Hauses in der Region, der Iran, soll weiter durch die Aufrüstung Saudi-Arabiens unter Druck gesetzt werden. Das führt zu einem gefährlichen Wettrüsten, das die be-

reits hoch explosive Region komplett ins Chaos stürzen könnte. Die »America first«-Politik wirkt sich somit auf die militärische Präsenz der USA aus, allerdings ist die US-Regierung nicht bereit, ihren Einfluss in der Region preiszugeben.

»Die Türkei bereitet sich für einen Einmarsch in Nordsyrien/Rojava vor. Die israelischen Angriffe in Syrien nehmen deutlich zu. Als Feinde werden die Truppen des Iran vor Ort definiert. Der Begriff des Stellvertreterkriegs ist für die Lage im Nahen Osten ziemlich treffend«, fügte Tobias Pflüger hinzu.

Waffenexporte sollen den US-Verbündeten die technologische Überle-

genheit in den Stellvertreterkriegen mit den schiitischen Streitkräften sichern. Saudi-Arabien und Israel sollen dabei die Vorhut im Kampf gegen den iranischen Einfluss im Irak, Syrien und dem Jemen bilden. So ist die Frequenz der israelischen Luftangriffe auf iranische militärische Positionen in Syrien erheblich gestiegen.

Auch im Jemen wird der Stellvertreterkrieg fortgeführt. Die Vereinigten Staaten unterstützen die saudische Intervention im Jemen durch militärische Berater, Luftaufklärung, Geheimdienstinformationen sowie durch Tankflugzeuge, die saudische Kampfflotten in der Luft mit Kerosin versorgen.

Großmanöver gegen imperialistische Bedrohung

Caracas. In Venezuela haben am Sonntag (Ortszeit) landesweite Militärübungen begonnen, die dem 200. Jahrestag des »Kongresses von Angostura« gewidmet sind. Bei dieser Versammlung während des Kampfes gegen die spanische Kolonialmacht hatten die von Simón Bolívar geführten Unabhängigkeitskräfte 1819 die Gründung »Großkolumbiens« beschlossen, aus dem später Venezuela, Ecuador, das heutige Kolumbien und Panama hervorgingen.

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro würdigte das Manöver als das »wichtigste in unserer republikanischen Geschichte«, weil es sich direkt gegen die Drohungen der »imperialistischen Regierung von Donald Trump« richte. An den bis zum 15. Februar dauernden Übungen beteiligen sich neben den Nationalen Streitkräften und der Bolivarischen Miliz auch Einheiten aus Russland und China. (AVN/W)

■ Siehe Seite 6

Streiks bei Berliner Verkehrsbetrieben



Berlin. Die Gewerkschaft Verdi hat für diesen Freitag zu Warnstreiks bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) aufgerufen. Von Betriebsbeginn an bis etwa zwölf Uhr mittags würden »alle Bereiche« des Unternehmens bestreikt, also U-Bahnen, Straßenbahnen und Busse, teilte Verdi am Montag mit. Es sei deshalb mit »erheblichen Behinderungen« im Nahverkehr zu rechnen. Grund für den Aufruf sei, dass die Tarifverhandlungen am Montag erneut »ergebnislos geblieben« seien. Die Gewerkschaft fordert unter anderem eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Zusätzlich zu den mehrstündigen Warnstreiks ist am Freitag vormittag um neun Uhr eine Kundgebung vor der BVG-Hauptverwaltung in Berlin-Mitte geplant. Dazu erwartet Verdi rund 3.000 Beschäftigte. Die Verhandlungen der Dienstleistungsgewerkschaft mit der Geschäftsführung sollen am 5. März fortgesetzt werden. (AFP/W)

May weist Corbyn zurück

Britische Premierministerin gegen dauerhafte Zollunion mit EU. Heute Erklärung vor Parlament

Kurz vor ihrer Erklärung im Unterhaus hat die britische Premierministerin Theresa May dem Vorschlag des linken Oppositionsführers Jeremy Corbyn für eine dauerhafte Zollunion mit der EU eine Absage erteilt. In einem dreiseitigen Brief an den Labour-Chef zeigte sie sich zugleich aber im Streit um ihren »Brexit«-Kurs zu weiteren Gesprächen mit der Opposition bereit. Sie sei sich einig mit Corbyn, dass es kein zweites Referendum geben solle, schrieb May. Zugleich machte sie Zugeständnisse etwa bei den Rechten für Beschäftigte.

May wird am heutigen Dienstag eine Erklärung im Parlament über den Stand der Brexit-Verhandlungen abgeben, wie ein Regierungssprecher der *dpa* in London bestätigte. Am Donnerstag ist eine Abstimmungsrunde über die weiteren Schritte für den Austritt aus der EU geplant, der am 29. März stattfinden soll.

Corbyn stellte May in der vergangenen Woche die Unterstützung seiner Partei in Aussicht, falls sie eine Zollunion und eine Anbindung an den EU-Binnenmarkt akzeptiere. Bei einer Zollunion könnte eine offene

Grenze zwischen dem zum Vereinigten Königreich gehörenden Nordirland und dem EU-Mitglied Irland nach dem Brexit beibehalten werden.

Der EU-Chefunterhändler für den Brexit, Michel Barnier, sagte am Montag in Luxemburg nach einem Gespräch mit Regierungschef Xavier Bettel, die EU müsse sich jetzt intensiv auf die Möglichkeit eines ungeregelten britischen Austritts einstellen. »Es ist wichtig, dass wir uns auf alle Szenarien vorbereiten und alle Notfallmaßnahmen ergreifen, die nötig sind.«

Kurz vor einem für Montag abend in Brüssel geplanten Treffen mit dem britischen Brexit-Minister Stephen Barclay bekräftigte Barnier, die EU werde den mit May ausgehandelten Austrittsvertrag »nicht wieder öffnen und keine Neuverhandlungen beginnen«. Allerdings seien »ehrgeizigere« Formulierungen in einer politischen Erklärung über die künftigen Beziehungen möglich. Die EU wolle alles tun, um eine harte Grenze auf der irischen Insel zu vermeiden: »Aber wir müssen den Binnenmarkt schützen.« (dpa/W)

jW wird herausgegeben von 2.161 Genossinnen und Genossen (Stand 24.1.2019)
 www.jungewelt.de/lpg

